



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

STRATEGIEPAPIER DER BRANDENBURGER STAATSKANZLEI EMPFIEHLT ERNEUTE GEBIETSREFORM

18.01.2005 Fachinformation

Ein internes Strategie-Papier der Staatskanzlei des Landes Brandenburg empfiehlt eine "Überprüfung der derzeitigen Kreisstruktur mit dem Ziel der Reduzierung der Anzahl der Landkreise und der Einkreisung der kreisfreien Städte". Dies berichtete aktuell der Berliner Tagesspiegel. Momentan gibt es in Brandenburg 14 Kreise und vier eigenständige Städte. Bislang schließt die Regierungskoalition eine Kreisreform bis 2009 aus. In dem Papier werde aber, so der Tagesspiegel, auf Mecklenburg-Vorpommern verwiesen, wo nur noch fünf Regionalkreise existieren, „bei vollständiger Integration der kreisfreien Städte“. Für Brandenburg könne dies bedeuten, dass Cottbus, Brandenburg, Frankfurt (Oder) und Potsdam ihre Kreisfreiheit verlieren würden. Nicht zuletzt auf Grund des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs wachse im Land der Druck zu schlanken Strukturen erheblich: In 15 Jahren sollen demnach in den dünn besiedelten Randregionen Brandenburgs rund 240.000 Menschen weniger leben als heute. In der Konsequenz werde Brandenburg aus dem pro Kopf verteilten Länderfinanzausgleich drei Milliarden Euro weniger erhalten. Zudem müsse mit einer regelrechten Verödung ganzer Dörfer gerechnet werden. Vor diesem Hintergrund werde in dem Papier eine „radikale Abkehr von allein auf Wachstum ausgerichteten Politikkonzepten“ gefordert, berichtet die Zeitung. In dem 80-Seiten-Bericht über die Konsequenzen aus Alterung, Abwanderung und Bevölkerungsrückgang heißt es: „In allen Bereichen sind Wachstumsfesseln zu lösen, die in überzogenem Anspruchsdenken an den Staat (...) begründet sind.“ Dieser zweite Demografiebericht mache konkrete Vorschläge dazu, wie die brandenburgischen Randregionen lebensfähig gehalten werden könnten, informiert der Tagesspiegel weiter. Stichworte seien die Konzentration der Fördermittel auf ausgewählte Städte und dynamische Wirtschaftsbranchen. So sollten dort, wo Kindertagesstätten nicht mehr ausgelastet seien, Tagesmütter die Betreuung übernehmen. Im Nahverkehr könnten „Rufbusse“ eingeführt werden, die nur bei Bedarf fahren. Außerdem seien in einem bevölkerungsschwachen Land mobile Lösungen gefragt. So erprobe das Finanzgericht Cottbus bereits Videoverhandlungen.

<https://bbu.de/beitraege/strategiepapier-der-brandenburger-staatskanzlei-empfehl-erneute-gebietsreform>